

Löst sich die CDU aus der Starre der großen Koalition?

## Sarkozys Mut zum Bruch

Von Gerd Held

Die CDU hat sichtlich Schwierigkeiten, auf den verschiedenen Politikfeldern ein Profil des bürgerlichen Lagers sichtbar werden zu lassen. Sie ist mehr damit beschäftigt, die Vorstöße von links zu relativieren. Auch die „Bildungsreise“ der Kanzlerin bewegt sich auf einem recht vagen Konsensfeld. Es hat den Anschein, als wolle die CDU die kommenden Bundestagswahlen als Abstimmung über die Arbeit der großen Koalition gewinnen und, überspitzt gesagt, als eine Art CDU/SPD antreten. Diese Befangenheit in der großen Koalition hätte einen verheerenden Effekt: Sie würde viele Kräfte der Veränderung zur Passivität verurteilen oder gar auf die Seite der Linken treiben. Dann bekämen wir eine „We can change“- Stimmungsmache von links, der in den Augen der Wähler nur ein bürgerliches Weiter-So-Lager gegenübersteht. Eine ähnliche Situation gab es schon 1969 am Ende der ersten großen Koalition und die gute Arbeit des damaligen Kanzlers Kiesinger nützte der CDU letztlich nichts.

Ein Blick in den französischen Spiegel kann da hilfreich sein. Dort hat das bürgerliche Lager einen anderen Weg gefunden. In Deutschland hat man Nicolas Sarkozy zunächst skeptisch betrachtet, auch von bürgerlicher Seite. In der Skepsis lag ein Stück Selbstrechtfertigung, denn der „Bruch“, den Sarkozy ganz offen schon im Wahlkampf zum Leitmotiv machte, stand im krassen Gegensatz zur Politik des Ausgleichs, auf die man diesseits des Rheins setzte. Inzwischen zeigt sich, dass die Politik des Bruchs ihre Vorteile hat. Das bürgerliche Lager hat Statur gewonnen, vor allem durch zwei Leistungen. Sarkozys Bruch hat bei den Sozialreformen etwas bewirkt, weil er es, ohne Aufkündigung der Gesprächsbereitschaft, auf einen

Kampf ankommen ließ. Als klar wurde, dass die Regierung nicht nach ein paar Tagen um des lieben Friedens willen einlenkte und die Regierungspartei diesen Kurs auch durchhielt, bröckelte die Streikfront. Die zweite Leistung war die Verabschiedung der Verfassungsreform, die das gegenseitige Verhältnis von Parlament und Präsident direkter und auch streitbarer machen sollte. Diese Politisierung des institutionellen Gefüges war in der Regierungspartei nicht unumstritten, aber die Reform erreichte ihre Zwei-Drittel-Mehrheit, gegen die Blockade der Linken. Dass der Präsident mitten im Umfragetief diese Mehrheit bauen konnte, zeigt, dass hier ist kein Alleindarsteller am Werk ist. „Sarkozy“ steht für eine neue, schlagkräftige Formation des bürgerlichen Lagers in Frankreich, die auch anderswo in Europa interessant ist.

Der Unterschied zu den deutschen Verhältnissen besteht nicht darin, dass die politische Polarisierung jenseits des Rheins sowieso stärker wäre. Gerade Frankreich hatte sich durch „Kohabitationen“ festgefahren. Sarkozy wagte den Ausbruch. So war es nicht die Linke sondern das bürgerliche Lager, das zur Veränderung des Landes aus dem Konsensfeld „heraustret“. Das war riskant, man machte sich angreifbar. Es war nicht klar, ob die Regierungspartei es aushalten würde, so im Feuer zu stehen. Heute ist man in der UMP froh, dass der Schritt gewagt wurde und man überhaupt die eigene Kraft unter Beweis stellen konnte.

Genau in diesem „Heraustreten“ liegt in Deutschland das Problem der CDU. Sie wirkt irgendwie unter Selbstzensur, weil sie zu schnell auf die Zustimmungsmöglichkeiten der Anderen schaut. Je mehr sie sich an die Rolle einer Moderatorenpartei

gewöhnt, umso stärker verliert sie ihre Kampagnenfähigkeit. So muss sie den Bürgern als „die“ geborene Partei der großen Koalition erscheinen, nicht als die Führungspartei des bürgerlichen Lagers. Deshalb fällt es den Bürgern schwer, sich ein CDU-geführtes Deutschland vorzustellen, das anders ist als heute. Aber ist diese Zurückhaltung nicht doch ein kluges Boll-

werk gegen ein Abgleiten der Republik nach links? Der französische Spiegel zeigt: Nirgendwo ist die Linke so verwirrt und entzaubert wie dort. Hierzulande dagegen, wo das bürgerliche Lager kein Thema sauber durchargumentieren kann, wuchert ungestört der Bluff einer „linken Alternative“.

*(Manuskript vom 22.8.2008, erschienen in der „Welt am Sonntag“ am 24.8.2008)*